

Stand: 10.02.2026 00:02:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10188

"Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe - kein Alleingang der Staatsregierung!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10188 vom 24.02.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 25.02.2016
3. Mitteilung 17/10454 vom 10.03.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – kein Alleingang der Staatsregierung!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Integration in Deutschland und in Bayern ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Entwicklung eines Bayerischen Integrationsgesetzes die Beteiligung der Verbände, vor allem der im bayerischen Integrationsrat vertretenen Verbände, in ausreichendem Maße sicherzustellen.

Daher führt der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration gemeinsam mit dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zeitnah eine Expertenanhörung zum Entwurf eines Bayerischen Integrationsgesetzes durch.

Begründung:

Im Jahr 2015 sind über eine Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert. Diese werden ein Teil der Gesellschaft werden. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass der Integrationsprozess erfolgreich verläuft. Das Gelingen des Integrationsprozesses hängt vor allem davon ab, ob diese Menschen ihren Platz in der Gesellschaft finden. Daher muss auch die gesellschaftliche Teilhabe in einem Gesetzentwurf für ein Bayerisches Integrationsgesetz berücksichtigt werden. Dieses Prinzip wird in dem bisherigen Entwurf und bei dem Vorgehen der Staatsregierung nur unzureichend berücksichtigt. Die bisher vorgelegten Unterlagen lassen vermuten, dass der Gesetzentwurf der Staatsregierung sich ausschließlich auf mögliche Sanktionen konzentriert. Trotz der angekündigten Schwerpunkte „Fördern und Fordern“, ist in der bisherigen Berichterstattung ausschließlich die Rede von Forderungen gegenüber den Migrantinnen und Migranten. Konkrete Fördermaßnahmen wurden bisher nicht benannt. Integration ist ein aber in erster Linie ein wechselseitiger Prozess und die Aufnahmegesellschaft muss in dem Konzept der Staatsregierung mit bedacht werden. Daher ist es von Anfang an wichtig, alle betroffenen gesellschaftlichen Akteure in den Entstehungsprozess eines bayerischen Gesetzes mit einzubeziehen.

im Bayerischen Landtag im Innenausschuss oder bei einer Besprechung aller Fraktionen zu berichten.

Ich hielte es auch für ein ungutes Zeichen, wenn wir in dieser Frage heute auseinanderfallen würden; denn es ist wichtig, dass wir in diesem Hohen Haus eine gemeinsame Position gegen den Rechtsextremismus haben, wie wir es auch im laufenden NPD-Verbotsverfahren erreicht haben. Ich stelle das hier im Hohen Haus nur anheim. Selbstverständlich respektiere ich alles, was hier beschlossen wird. Klüger wäre es aber meines Erachtens, wenn wir uns erst einmal gemeinsam über das weitere Vorgehen verständigen. Ich werde gerne bis zu einem solchen Gespräch den aktuellen Sachstand in allen anderen Bundesländern und deren Innenministerien einholen, sodass wir uns dann darüber verständigen können, was die nächsten vernünftigen Schritte wären.

Ich weiß nicht, wie sich die Fraktionen jetzt verständigt haben. Ich habe aber anheimgestellt, die Dringlichkeitsanträge in dem Fall ausnahmsweise an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen, was hier sonst nicht üblich ist. Ich werde mich dann, wie gesagt, darum bemühen, möglichst schnell einen Bericht zu geben, sodass wir dann einvernehmlich entscheiden können, wie wir weiter vorgehen wollen. Das wäre meine Bitte, damit wir gemeinsam weiter im Kampf gegen den Rechtsextremismus erfolgreich sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Jetzt darf ich das Wort Herrn Kollegen Zellmeier erteilen.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Worten unseres Innenministers und auch nach einem Gespräch mit der SPD-Fraktion beantrage ich für beide Anträge die Verweisung in die Ausschüsse, damit wir eine gemeinsame Linie finden. Das Thema ist so wichtig, dass wir uns darüber nicht streiten sollten. Wir sind auch sehr nahe beieinander.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben erklärt, damit einverstanden zu sein. Ich glaube, es ist der beste Weg.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank für diese Antragstellung. Kann ich davon ausgehen, dass das Hohe Haus damit einverstanden ist? Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich, und damit ist die Verweisung in die Ausschüsse erfolgt.

Jetzt darf ich noch bekannt geben, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/10184 mit 17/10190 sowie den Drucksachen 17/10210 und 17/10211 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden. Damit hätten wir für heute die Dringlichkeitsanträge erledigt.

Wir kommen jetzt zu den Zweiten Lesungen zurück. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner u. a. (CSU)
zur Änderung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes und der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (Drs. 17/8893)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/9371)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier u. a. (CSU)
(Drs. 17/9391)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Drs. 17/9830)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier u. a. (CSU)
(Drs. 17/9835)

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von insgesamt 24 Minuten vereinbart. Ich darf jetzt Herrn Kollegen Tomaschko das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht zuletzt schreckliche Katastrophen, wie das bereits heute mehrfach angesprochene Zugunglück bei Bad Aibling, zeigen, wie wichtig ein gut funktionierender Rettungsdienst ist. An dieser Stelle auch von mir ein herzliches Dankeschön an alle Rettungskräfte! Über 700 Rettungskräfte waren im Einsatz. Ob ehren-



Mitteilung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/10188

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – kein Alleingang der Staatsregierung!

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 17/10188 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt